

Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

umfänger Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen in der Umgebung der Reichshauptstadt zu beziehen. Durch den Postträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,10 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich Carl E. Burmann



Druck und Verlag C. Thurnmanns Buchdruckerei, Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6 gestaltete Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 47

Fernsprecher

Sonnabend, den 19. April 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

— Berlin, den 19. April 1930.

Chronik des Tages.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich für acht Tage nach Groß-Schmülp begeben, um dort die Dierckeisen zu vollbringen.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, hat die Überlegung der Reichshauptstadt in Thüringen über aufzuheben nach Fern nach Staatssekretär Dr. Zieger über die noch strittigen Fragen in Weimar verhandelt.

Generalleutnant Hans von Dahn feierte sein goldenes Jubiläum.

Der sächsische Staatspräsident Majaryk will im nächsten Sommer einigen deutschen Städten in Böhmen einen Besuch machen.

In Berlin wurde zum ersten Mal eine drahtlose telephonische Verbindung zwischen Siemens-Mixes und Ostow über mehr als 23 000 Kilometer, also rund um die halbe Erde, vermittelt.

Am Karfreitag wurde in der Reichshauptstadt die neue Untergrundbahnstrecke Neustadt-Gesundbrunnen dem Verkehr übergeben.

Über Marzelle und dem gesamten Mündelal mündete in dieser Mittel, der überall schweren Schäden angerichtet hat.

Die Stadt Sagan auf den Hülshöfen und Tante von Wladimir unliegender werholter Halbbrüder und durch ein richtiges Feuer zerstört worden. 12 000 Menschen sind obdachlos.

In der thüringischen Provinz Göttingen brach in der Stadt Göttingen in einem Krankenhaus ein Brand aus. Die Gebäude wurde vollkommen eingestürzt. Sechs Kranke an ein West sind in den Flammen umgekommen.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Feiertagsliste.

Mit dem Abschluß der Haushaltsberatung im Reichstag hat die Stille Woche sich auch in der Woche ausgebreitet. Die Parlamentsgebäude und Ministerien sind verwaist. Reichspräsident von Hindenburg, Reichsminister und ein Teil der Kabinettsmitglieder haben Berlin am Donnerstag verlassen, um wenige Tage nach Fern nach der Reichshauptstadt zurückzukehren. Mit der Entwertung des Reichsanzlers wurde Reichsaussenminister Dr. Curtius beauftragt.

Die vom Reichstag verabschiedeten und vom Reichspräsidenten bestätigten Gesetze werden nun eines nach dem andern in Kraft gesetzt werden. Wegen die neuen Paragraphen hat Polen sich bereit, Grundriss zu erheben, mit der Begründung, die neuen Zollgesetze widersprechen den Genfer Vereinbarungen über die Herbeiführung eines Zollfriedens und verändern die Grundlage des deutsch-polnischen Handelsvertrags.

Der polnische Landwirtschaftsminister schickte die dem Reichstag noch einen Kommentar nach, indem er auf eine parlamentarische Anfrage erwiderte, „die Zolländerungen in Deutschland berechtigen die polnische Landwirtschaft, an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland zu zweifeln.“

Die polnische Antwort die Reichsregierung auf die polnische Anfrage erteilen wird, steht noch nicht fest. Die Regierung läßt sich Zeit und tut gut daran. Wie man hört, wird Polen wahrscheinlich darauf einwirken gemacht werden, daß die Genfer Zollfriedensvereinbarungen die Durchführung von Zollmaßnahmen unerschwerlich gestalten und daß schließlich die schwere Kritik in der deutschen Landwirtschaft auch ein Wort hat, der von der Reichsregierung Taten erwartet.

Mit Recht erklärte Geheimrat Duisberg, der Präsident des Reichsverbandes der Industrie, — in einer Rede auf der Tagung der Solinger Industrie- und Handelskammer — in Landwirtschaft, Industrie und Handel zwei starke Pfeiler des deutschen Binnenmarktes, deren Festigkeit nicht beeinträchtigt werden darf. Polen muß sich also schon damit abfinden, wenn man in Deutschland kein Wort hat, die Dinge werden zu laufen, sondern gewiß ist, Maßnahmen zu machen, um die deutsche Wirtschaft gesund zu erhalten und, soweit sie es nicht mehr ist, ihr die Gesundheit zurückzugeben.

Nach den Osterferien wird sich der Reichstag den Angelegenheiten widmen müssen, die sich in diesem Jahre im Zusammenhang mit der Neuordnung der Reparationsleistungen sehr in die Länge gezogen haben, und daß der neue Haushaltsplan schon am 1. April in Kraft treten müssen. Der Etatsentwurf ist im wesentlichen noch von der alten Regierung aufgestellt worden, doch hat der Reichstag einige Veränderungen vorgenommen. Er bewilligte er z. B. eine Million für Kinderleistungen und 20 Millionen Mark als neue Rate für den Bau eines zweiten Panzerkreuzers. Das Reichskabinett hat sich mit diesen Veränderungen einverstanden erklärt, wenn es auch nicht dem Panzerkreuzer keine Kabinetsfrage machen wird. Die letzte Entscheidung hat damit der Reichstag.

Die neue Wendung in den Saarverhandlungen, die die letzte Woche brachte, ist im Saargebiet und

im weite begrützt worden, wenngleich sich niemand großen Hoffnungen hingibt. Um eine gerechte Lösung der Saarfrage muß noch heftig gekämpft werden! Wenn auch die Forderung Frankreichs auf Einräumung eines Mitspracherechts vorläufig ausgeschaltet ist, so stellt doch auch das Verlangen Frankreichs auf Anerkennung der von der Saarkommission eigenmächtig mit französischen Gesellschaften abgeschlossenen Kaufverträge, die diese Gesellschaften berechtigten, Saarholz auf unterirdischem Wege von Lothringen her abzubauen, eine harte Aufgabe dar. Ferner rückt sich ein wirres Dornengebüsch um die Frage des Mietaufpreises.

Als neues Druckmittel scheint Frankreich jetzt seine Werbung für den Besuch französischer Schulen im Saargebiet anwenden zu wollen. Wie man aus dem Saargebiet hört, wird diese Werbung trotz ihrer bisher trügerischen Erfolge neuerdings in der sehr rege betrieben, auch scheint man über die französischen Grubenverwaltung hinweg — durch die Drohung mit Entlassungen — die Saarbergarbeiter für die französischen Schulen gewinnen zu wollen.

Eine Meinung hat die Atmosphäre aber ungewiss gemacht, und zwar dadurch, daß die deutsche Delegation zum Ausdruck brachte, bei einer weiteren Verschlebung der Verhandlungen habe Deutschland kein Interesse mehr daran, über die „unzeitige“ Lösung einer Frage zu verhandeln, die sich 1925 automatisch von selbst regelt. Wenn man nämlich nicht noch im Sommer in Paris handelseinig wird, dann ist eine Neulieferung des Saargebietes im Laufe des Jahres 1930 nicht mehr möglich, weil ja das deutsch-französische Abkommen noch vom Völkerbund bestätigt werden müßte. Eine Volksversammlung des Bundes wird aber beinahe jährlich einmal im Jahre, und zwar im September stattfinden.

Damit sieht sich die deutsch-französische Saarfrage, wenn sie ihre Arbeiten nach den Feiertagen wieder aufnimmt, vor die Notwendigkeit gestellt, entweder das bisher Veräumte beschleunigt nachzuholen, oder aber ihre Unvermögen zur Erledigung der ihr übertragenen Arbeiten einzugehen; Frankreich hat eine neue Gelegenheit, sich bloßzustellen!

„Rehrt wieder, Deutsche!“

Gute Zeugnisse für die deutsche Kolonialpolitik. — „Kommen die Deutschen bald zurück?“

— Berlin, 19. April.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft liegen der Gesellschaft Nachrichten aus dem unter französischem Mandat stehenden Teil der alten deutschen Kolonie Kamerun vor über eine tiefe Missstimmung der Eingeborenen gegenüber den französischen Verwaltungsmethoden und über das immer dringendere Verlangen der Eingeborenen nach Rückkehr der Deutschen.

Diese zum Teil vertraulichen Mitteilungen sind der Bestätigung in einem von dem Sonderkorrespondenten des „B. Z.“ Arnold Höfriegel veröffentlichten Bericht über „Kamerun im Jahre 1930“. Höfriegel hatte in Duala, dem Hafen des unter französischer Verwaltung stehenden Teiles von Kamerun, eine Unterredung mit einem der Eingeborenen, der sich über die harte und ungeredete Steuerpolitik der französischen Mandatsverwaltung beklagte und der der Stimmung der Eingeborenen mit folgenden Worten Ausdruck gab:

„Die Franzosen sind keine guten Menschen. Ist es gerecht, Sie, daß man ihnen die Steuern dreimal zahlen muß? Und so ist es in allen — in französisch-Kamerun und auch in Togoland. Sie, ich habe etwas sagen gehört: bitte, ist es wahr, kommen die Deutschen jetzt bald wieder nach Duala zurück? Die Franzosen töten die alten Leute, weil sie immer von den Deutschen reden, wie schon es damals war. Die alten Leute in Duala lieben die Deutschen, Sie.“

Für den Kenner der Verhältnisse sind, wie gesagt, solche Zeugnisse nicht überraschend. Sie bezeugen nur erneut den tiefen Unterschied zwischen den von den Deutschen zuerst aufgenommenen modernen Methoden der Kolonisation und der auf imperialistische und wirtschaftliche Ausnutzung der Eingeborenen eingestellten französischen Kolonialpolitik. Die besondere Stimmung der Deutschen für die Behauptung der Eingeborenen bewährt sich heute wieder in Deutsch-Ostafrika, wo die Eingeborenen mit Vorliebe Beschäftigung auf den deutschen Farmen finden.

Von deutscher Seite ist bei Kriegsende der Vorschlag gemacht worden, man solle die Bevölkerung Deutsch-Ostafrikas selbst entscheiden lassen, ob sie die deutsche oder die englische Pflegschaft vorzöge. Eine solche Volksbefragung hätte ohne Zweifel eine große Mehrheit für das Verbleiben der deutschen Schutzherren gebracht. Und wer heute in dem unter französischem Mandat stehenden Kamerun, wo die Franzosen sich

als unfähig erweisen, das Land von der furchtbaren Fessel der Schlaftrunkenheit zu befreien, unter der Hunderttausende von Schwarzen hilflos dahintersterben, der eingeborenen Bevölkerung den Mund öffnete, daß sie ihrem Verlangen freien Ausdruck geben, der würde nur den einen Ruf hören, der so oft in den Briefen der Eingeborenen lehrhaftig erklingt: „Rehrt wieder, Deutsche!“

Wieder Zuschüsse für Thüringen.

Neberweisungssperre aufgehoben. — Staatssekretär Zieger fährt nach Weimar.

— Berlin, 19. April.

Amtlich wird mitgeteilt:

Nachdem die zwischen dem thüringischen Staatsministerium und dem Reichsministerium des Innern bestehenden Meinungsverschiedenheiten in schriftlicher und mündlicher Erörterung eine Klärung gefunden haben, insbesondere nachdem das thüringische Staatsministerium die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß Nationalsozialisten in die thüringische Landespolizei nicht aufgenommen und auch sonst die Verbindung für die Gewährung von Reichszuschüssen für Polizeizwecke nicht vertagt worden seien, hat der Reichsminister des Innern sich in der Lage gesehen, die bisherige Einstellung der Neberweisungen des Reichsministeriums des Innern für polizeiliche und andere Zwecke aufzuheben.

Die Meinungsverschiedenheit über die Verfassungsmäßigkeit des Paragraphen 3 Absatz 1 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes wird auf dem in Artikel 13 Absatz 2 der Reichsverfassung vorgezeichneten Wege durch einen gemeinsamen Schrift der Reichsregierung und der thüringischen Regierung einer Entscheidung des Reichsgerichts zugeführt werden.

Wegen der Vereinbarung des Zeitpunktes für den in Aussicht genommenen Besuch des Staatssekretärs Zieger wird sich dieser mit der thüringischen Regierung unmittelbar in Verbindung setzen. Bei diesem Besuch wird auch die Art und Weise der gemeinsamen Anrufung des Reichsgerichts auf Grund des Artikels 13 Absatz 2 näher zu erörtern sein. Die thüringische Regierung hat zugesagt, daß bis zur Entscheidung des Reichsgerichts solche Verörungen in den Wartestand, die ihre Grundlage nur in Paragraph 3 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes finden, unterbleiben.

9,27 Milliarden Spareinlagen

und 14,4 Millionen Sparer. — Durchschnittseinlage: 640 Mark.

Nach den letzten statistischen Erhebungen beliefen sich die Einlagen bei den deutschen Sparkassen Ende 1929 auf etwa 9,27 Milliarden Mark. Die Zahl der Sparer beträgt 14,5 Millionen; die der Sparkassen 2611. Im Vergleich zur Vorkriegszeit und unter Berücksichtigung der Verkleinerung des Reichsgebietes sowie der verminderten Kaufkraft entspricht der Spareinlagenbestand Ende 1929 etwa einem Drittel des Spareinlagenbestandes von 1913!

Die durchschnittliche Einlage der Sparer betrug Ende 1929 auf 640 Mark, 1924 auf 345 Mark; auf den Kopf der Bevölkerung entfiel 1924 eine Spareinlage von 10 Mark, 1929 eine solche von 145 Mark.

Der Zuwachs an Einlagen betrug (in Milliarden) 1924: 0,57, 1925: 1,1, 1926: 1,5, 1927: 1,6, 1928: 2,4. Der Einlagenüberschuß des Jahres 1929 ist mit 2,05 Milliarden Mark um 335 Millionen Mark niedriger als der für 1928.

Brünnings Aussichten.

Eine Unterredung mit Koch-Weiser.

— Berlin, 19. April.

In einer Unterredung mit einem Journalisten äußerte sich Reichsminister a. D. Koch-Weiser, der Führer der Deutschen Demokratischen Partei, über die Aussichten der neuen Regierung. Dabei äußerte er aus, es sei nicht mit Sicherheit zu behaupten, ob sich das Kabinett Brüning auf die Dauer werden halten können. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung im Sommer sei deshalb nicht von der Hand zu weisen. Möglich sei aber auch, daß bei gutem Willen, der in allen beteiligten Kreisen herrsche, eine Koalition zur Großen Koalition vor oder nach den Sommererfolgen erfolgen könne.

Auf die Frage, ob die neue Koalition zu einer Neubildung der Parteien führen würde, antwortete Koch-Weiser, daß wir in Deutschland zu großen Parteien kommen müßten, wenn die Schichten zwischen Nationalismus und Sozialismus, die auf dem Boden des heutigen Staates weiter arbeiten wollten, sich nicht eben Einflusses begeben wollten.